

5. Rezensionen

(Die Rezensionen sind online verfügbar unter:
<http://www.recensio.net/rezensionen/zeitschriften/germano-polonica.-e-newsletter-der-kommission-fuer-die-geschichte-der-deutschen-in-polen-e.v/GermanoPolonica>)

Erinnerungsorte in Ostmitteleuropa. Erfahrungen der Vergangenheit und Perspektiven, hrsg. v. Matthias Weber (u.a.), München: Oldenbourg Verlag 2011 (= *Schriften des Bundesinstituts für Kultur und Geschichte der Deutschen im östlichen Europa*, Bd. 42; *Schriften des Europäischen Netzwerks Erinnerung und Solidarität*, Bd. 1), 388 S. € 39,80, ISBN-13: 978-3-486-70244-6

Das Europäische Netzwerk Erinnerung und Solidarität, das die Kulturminister Deutschlands, Polens, der Slowakei und Ungarns im Frühjahr 2005 gegründet haben und das nach einigen politischen Störungen erst Ende 2009 seine Aktivität aufnahm, hat nun seine erste Publikation veröffentlicht. Es ist eine Sammlung von Artikeln, die diejenigen Erinnerungsorte in Mittel- und Osteuropa betreffen, die sich auf die im Januar 2008 unter dem gleichen Titel veranstaltete Konferenz im Warschauer Königsschloss beziehen. [1]

Der Band behält die Reihenfolge der Konferenzsektionen bei, verzichtet aber auf die Podiumsdiskussionen und andere Debatten, die sich oft als die wichtigsten Elemente solcher Tagungen erweisen, zugleich aber auch am schwersten zu fassen sind. Die gesamte Publikation ist in vier Teile gegliedert. Die Einführung zu dem Thema des Buches enthält zwei Texte von Matthias Weber und Krzysztof Pomian. Der erste Teil erinnert an die Theorie Pierre Noras und fasst die bisherigen europaweiten Studien mithilfe dieses Begriffsapparats zusammen. Der Autor betont die besondere Rolle der Erinnerung in Osteuropa, die dort ein außergewöhnliches Konfliktpotenzial besitzt, weil zahlreiche Erinnerungsorte wichtig für verschiedene Gruppen sind. Er bemerkt auch die tiefen Spaltungen der Erinnerung in den beiden Teilen des alten Kontinents, die mindestens bis 1945 zurückreichen und die während des „Kalten Krieges“ zementiert wurden.

Für eine präzise theoretische Einführung in die Problematik des Bandes sorgt Krzysztof Pomian, einer der Nestoren der Erinnerungsforschung, der zuletzt mit dem Projekt eines Brüsseler Europa-Museums verbunden ist. Er konzentriert seine Überlegungen auf die Analyse der Erinnerung selbst, ihre individuellen und kollektiven Dimensionen sowie die Prämissen der Wahrnehmungen von Erinnerungsorten und die Voraussetzungen für ihre Dauerhaftigkeit. Einen programmatischen Charakter haben hier Pomians Beobachtungen über die verschiedenen Vektoren der gesellschaftlichen Erinnerung, die die verschiedenen Gruppen und historischen Konflikte zwischen ihnen abbilden. Erwähnenswert ist auch sein auf die Geschichtsschreibung gerichtetes Postulat, das eine Arbeit über Entschärfung von solchen, im kulturellen Bereich gespeicherten Konflikten empfiehlt.

Der erste Hauptteil der Publikation befasst sich mit den Städten als Erinnerungsorte für mehrere Nationen. Als erstes erscheint Pressburg/Bratislava/Pozsony, dessen Erbe drei Texte gewidmet sind. Über Pressburg schreibt der Leidener Germanist Jörg Meier. Er betont – was auch über andere Städte gesagt werden könnte und im Grunde eine Binsenweisheit ist – die jahrhundertealte Vielfalt der Stadt. Die Analyse der Stadtgeschichte und ihrer Vielzahl von Kontexten erlaubt zu fragen, ob sie im Falle der deutschen Perspektive ein aktiver Erinnerungsort oder eher totes kulturelles Erbe darstellt. Ein Themenbereich scheint hier aber eine Ausnahme darzustellen und wird auch in anderen Texten zur Sprache gebracht: die mit idyllischen Bildern gezeichnete Sehnsucht nach den Habsburgern und dem schönen neunzehnten Jahrhundert.

Die nächste Skizze hierzu, von Martin Pavlik, beschreibt das slowakische Bild von Bratislava. Hier kann es keinen Zweifel an der Art der Erinnerung an die Stadt geben. In Bezug auf die Slowakei wird sie zu einem der zentralen Elemente der Geschichtspolitik, die mitunter einen direkten Zusammenhang zwischen dem Großmährischen Reich und dem heutigen slowakischen Staat zu finden versucht. Der Autor diskutiert auch den Ort jener Elemente bei den Feiern anlässlich runder Jahrestage.

Als letzter schreibt über diese Stadt aus ungarischer Perspektive der Budapester Kulturhistoriker Csaba G. Kiss. Wenn man bedenkt, dass sie jahrhundertlang die Krönungshauptstadt von Ungarn war und hier die moderne ungarische Nation vor 1848 geboren wurde, kann man die emotionale Aufladung verstehen, die die ungarische Version der Geschichte der Stadt begleitet.

Eine weitere Polyphonie ergibt sich bei Lemberg/Lwów/L'viv. Die Debatte eröffnet der Warschauer Historiker Adam Redzik mit dem Hinweis auf die hauptstädtische Rolle der Stadt in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts, was auch ihre Rolle als verlorenes Arkadien im polnischen Diskurs erklärt. Damit ist immer noch eine lebendige und schmerzhaft individuelle, historisch und politisch stark anti-ukrainische Erinnerung verbunden, aufgrund derer es schwierig ist, Verbindungsstellen zu den derzeitigen Bewohnern der Stadt zu finden.

Delphine Bechtel aus Paris erzählt von ukrainischen L'viv, das hier eine Menge der Eigenschaften von Bratislava annimmt. Aus der Verschiedenartigkeit, die aus unterschiedlichen Richtungen stammte und ähnlich weiterwirkte, entstand durch die Verdrängung des polnischen wie jüdischen Erbes aus der Stadtgeschichte, die Negierung der Sowjetzeit sowie aus der als Wiederaufbau behandelten Errichtung neuer nationaler Zeichen ein einfarbiges Zentrum ukrainischer Identität. Den transnationalen Charakter der Stadt versucht der zurzeit mit der Universität in Warwick verbundene Christoph Mick zu erfassen. Er geht ebenfalls schon am Anfang von der Vielfalt der Stadt aus, um dann zu betonen, dass alle Herrscher im 20. Jahrhundert eine Marginalisierung der „Anderen“ und ihres Erbes anstrebten.

In diesem politischen Kontext platziert er die auch hier lebendige Nostalgie für die Habsburger, die leicht benutzt werden können, um die „Anderen“ zu verdecken und damit die Stadt zu „ruthenisieren“, sprich: „ukrainisieren“. Das Postulat, dass die Vergewaltigungen, deren Zeuge die Stadt war, nicht zum Tabu werden sollen, ist in der aktuellen Situation eher Wunschdenken.

Im Falle des letzten Beispiels sieht es besser aus. Diese Stadt ist Breslau/Wrocław, über die Norbert Conrads einen Beitrag über Identitäten und kulturelles Gedächtnis verfasst hat, während sich Teresa Kulak, mit der Geschichte der Stadt in der polnischen Erinnerung beschäftigt hat.

Der mit der Universität in Stuttgart verbundene deutsche Wissenschaftler betont, dass erst der moderne Umbau der Stadt im 19. Jahrhundert eine neue Auswahl von Erinnerungsorten geschaffen hat. Aus diesem Grund ist die deutsche Version der Erinnerung mit nationalisierten Bildern aufgeladen. Darin kommt nicht vor, wie die mittelalterliche Stadt mit dem Bischof konkurrierte, welche Folgen die langfristigen Bedrohungen durch lokale Mächte hatten oder welche Rolle die Habsburger spielten. Wahrscheinlich nur sehr wenige Bewohner der Stadt vor 1945 waren sich z.B. der vieldeutigen Symbolik des Wappens bewusst. Vor dem Hintergrund der Bemühungen der deutschen staatlichen Eliten, die Geschichte Breslaus als protestantischer Vorposten der Hohenzollern zu präsentieren, kann man die Rolle der Jahrhunderthalle von 1913, die gebaut wurde, um die Dynastie zu verherrlichen, rasch aber die Rolle eines ultramodernen Wahrzeichens der Stadt zu spielen begann, für ein Kichern der Geschichte, aber auch für ein Signal der gesellschaftlichen Veränderungen halten.

Die an der Breslauer Universität tätige Teresa Kulak legt ihre Reflexionen – aus offensichtlichen Gründen – in die Nachkriegszeit. In dem faktographisch aufgeladenen Text wird die lang andauernde Suche nach historischem Halt für die neuen Bewohner sichtbar, die auch hier auf dem Wege von Anpassung und Aneignung der Vergangenheit erfolgte. Dieser Prozess wurde erst nach der politischen Wende von 1989 beendet, als diese „Zähmung“ vergesellschaftet wurde.

Ein weiterer Teil des Buches beschäftigt sich mit totalitären Erinnerungsorten in Ostmitteleuropa. Er besteht aus sieben Artikeln, die neben der Beschreibung der Erinnerungsorte, eine Analyse ihrer pädagogischen Funktion unternehmen. Diese Zusammenstellung beginnt die mit dem Museum in Auschwitz-Birkenau verbundene Alicja Bialecka. Ihre Studie zeigt deutlich den Ursprung und die lang anhaltende Abgrenzung der tief in den kollektiven Identitäten eingebetteten Erinnerungen an Auschwitz, die auch die fünfzigjährige Teilung des Kontinents in sich tragen. Im kommunistischen System eingesperrt haben die Polen durch die Erinnerung an „ihre“ Gefangenen und den eigenen Leidensweg, diesen tragischsten Ort Europas rasch „polonisiert“. Im Westen wird Auschwitz dagegen als Mittelpunkt der Shoah gesehen, wo es keinen Raum für andere Gruppen mehr gibt. Vor 1989 gab es keine echte Chance, das Bild zu vervollständigen. Erst die letzten paar Jahrzehnten brachten eine langsame Veränderung.

Die ehemalige Leiterin der KZ-Gedenkstätte Dachau, Barbara Distel, beschreibt aus der Perspektive der langfristigen Bemühungen, ein Museum auf dem Gelände des ehemaligen Konzentrationslager zu schaffen, den langen Weg, den die deutsche Gesellschaft zurücklegte, bevor sie die Schuld für die NS-Verbrechen auf sich nahm. Ebenfalls auf die gesellschaftlichen Einstellungen bezieht sich der Beitrag des stellvertretenden Direktors des Museums des Warschauer Aufstandes, Paweł Ukielski. Dieses Museum ist für viele Historiker wegen seiner starken Einflussnahme auf die Emotionen der Besucher

ein kontroverses Thema. Gezeigt wird hier die Debatte über die Konzeption der Museumsausstellung, die der Artikel ausdrücklich verteidigt.

Auch Krisztián Ungváry (Budapest), diskutiert die ungarischen Kontroversen in Bezug auf die Erinnerungsorte der kommunistischen Verbrechen. Überzeugend zeigt er, dass nach dem Verschwinden der totalitären Regime ihre ideologischen Nachfolger weiterhin die damalige Entscheidungen und Verbrechen mit einer wechselseitigen Bedrohung zu erklären versuchen. Er zeigt auch, wie weit das ganze Problem der Erinnerung an die Vergangenheit die aktuelle Politik beeinflusst, und dass dadurch die Geschichtsschreibung in eine Sozialwissenschaft verwandelt wird.

Oleksandra M. Veselova aus Kiew präsentiert in einer weiteren Fallstudie die Versuche, der Opfer des Holodomor in der Ukraine zu gedenken. Diese Tragödie stellte ein halbes Jahrhundert lang ein Tabu dar. Das hat aber nicht verhindert, dass sie in den letzten Jahrzehnten sie zum primären Punkt der institutionalisierter Identität wurde, obwohl sie wegen ihres antikommunistischen und antirussischen Charakters weiter kontrovers ist. In den Osten führen uns auch der auf tragische Weise ums Leben gekommene Sekretär des Rates zum Schutz des Gedenkens an Kampf und Märtyrertum Andrzej Przewoźnik, und sein Krakauer Kollege Jan Rydel, die die Rolle eines halben Jahrhunderts des Falles Katyń bzw. der „Katyń-Lüge“ für die Bildung der polnischen nationalen Identität beschreiben.

Die Zusammenfassung des Themas totalitären Erinnerungsorte und ihren Platz in der entstehenden europäischen Erinnerung unternimmt Anna Kaminsky, die auch betont, wie politisch wichtig es ist, zu einer solchen Bilanz auch die Erinnerung an die Opfer des Kommunismus hinzuzufügen, wenngleich es wahrscheinlich für viele Leser westlich der Elbe weiterhin unmöglich erscheint, ein Gleichheitszeichen zwischen dem schwarzen und roten Totalitarismus zu setzen.

Der letzte Teil des Sammelbandes bringt die Überlegungen einer fünfköpfigen Gruppe über die Rolle der politischen Wenden für das geteilte europäische Gedächtnis. Ziel der Überlegungen ist es, diese Wendepunkte für den Aufbau einer europäischen Identität zu nutzen. Stefan Troebst (Leipzig) beginnt mit der Darstellung der europäischen Debatte über die Rolle des Jahres 1945 für diese Erinnerung. Schon dieser Text zeigt aber deutlich, dass, obwohl die Rolle als Zäsur unbestreitbar ist, die sie in den verschiedenen Regionen des Kontinents begleitende emotionale Aufladung äußerst vielfältig ist. Deswegen ist es auch in diesem Fall schwer, von einer gemeinsamen Erinnerung zu sprechen. Besondere Probleme stellen die nationalen Zäsuren von 1956 (Attila Pók), 1968 (Jan Pauer), und 1989 (Antoni Dudek über die „polnische Zäsur 1989“) dar. Betrachtet man diese Daten aus einer europäischen Perspektive, wird klar, dass sie jenseits der nationalen Ebene mehrere separate Ereignisse und Prozesse enthalten, die in verschiedenen Bereichen auftreten und deren Unterordnung unter die Narrationen von einzelnen Nationen schwer vorstellbar ist. Ob es eine Chance dafür gibt, das Datum „1989“ zu einem Ort der Erinnerung an den revolutionären „europäischen Völkerherbst“ werden zu lassen – wie Burkhard Olschowsky argumentiert – werden die nächsten Jahrzehnte und die Entwicklung der politischen Situation in Europa zeigen.

Der Schluss des Bandes bringt Indizes und kurze Informationen über die Autoren und Übersetzer, deren Arbeit hervorhebenswert ist, auch wenn sie zeigt, wie schwierig diese Art von Debatten selbst aus technischer Sicht sind. Auch dank ihnen halten wir nun eine sehr wertvolle Publikation aus dem historischen Bereich in Händen, die vielleicht zum ersten Mal in dieser Weise derart breit und kompetent die Rolle und Perspektiven der Erinnerung für die heutigen Europäer in nationaler und transnationaler Dimension diskutiert. Das Buch sollte die Gegner des Netzwerks Erinnerung und Solidarität überzeugen, diese Idee zu unterstützen. Es ist schwer vorstellbar, dass es einen besseren Weg gäbe, um die Argumente der Osteuropäer zu veröffentlichen, als den in einer gemeinsamen Debatte.

Mit weniger Begeisterung kann man leider über die Arbeit des Zentrums selbst sprechen, wenn man von der Institution selbst spricht. Obwohl es eine Menge von Projekten durchführt, ist nicht klar definiert, auch formal nicht, ob wir es in diesem Fall mit einer wissenschaftlichen oder einer an der politischen Bildung orientierten Institution zu tun haben. Im ersteren Fall erscheint es sinnvoll, sich klarere Ziele zu stecken und in den nächsten Jahren eine führende Rolle zu übernehmen. Dafür wäre ein Team zu erstellen und die Institutionen auszuwählen, mit denen man zusammenarbeiten möchte. Im zweiten Fall sollte man ein mehrjähriges Ausstellungs- und Publikationsprogramm für alle Teilnehmer schaffen. Für den Autor ist es schwer vorstellbar, wie eine so kleine Gruppe von Mitarbeitern in einem so weit gefassten Bereich arbeiten kann, wie er in den Zielen und Aufgaben des Netzwerks formuliert ist.

[1] Siehe dazu Peter Oliver Loew, Tagungsbericht *Erinnerungsorte in Ostmitteleuropa. Erfahrungen der Vergangenheit und Perspektiven*. 11.01.2008-13.01.2008, Warschau, in: H-Soz-u-Kult, 19.02.2008, <<http://hsozkult.geschichte.hu-berlin.de/tagungsberichte/id=1910>>. [7.06.2012]

Bernard Linek

Rüdiger von Treskow: Gilly – Schinkel – Catel. Das Landschloss Owinsk bei Posen – Pałac w Owinskach koło Poznania 1803-1806. Berlin: Deutscher Kunstverlag 3011. 190 S., € 34,90, ISBN 978-3-422-07062-2

Der nach einer abenteuerlichen Biographie zu Wohlstand gelangte, 1797 nobilitierte Berliner Kaufmann und Armeelieferant Otto Sigismund von Treskow (1756-1825) erhielt 1797 das von der südpreußischen Verwaltung aufgehobene Klostersgut Owinsk, 13 Kilometer östlich von Posen, als königliche Donation. Zwischen 1797 und 1806 beauftragte er umfangreiche Neubauten, vor allem das „Palais“ am Ufer der Warthe in Owinsk. Der ursprüngliche Entwurf stammte aus dem Berliner „Atelier“ David Gillys, die Bauausführung lag bei dem durch den Bau des Bromberger Kanals bekannten Ernst Konrad Peterson. Mit der Planung des zweiten Bauabschnitts war, wie erst in den

letzten Jahren bekannter geworden ist, Friedrich Karl Schinkel befasst, während Louis Catel die Bauaufsicht übernahm.

Treskow schildert zunächst auf der Grundlage unbekannter Archivalien und der Familienüberlieferung die Geschichte des Erwerbs durch seinen Vorfahr. Es folgen die Baugeschichte der Anlage und im zentralen Teil (S. 45-89) die detaillierte bau- und kunsthistorische Beschreibung. Nebengebäude und Park stellt er gesondert vor. Berühmten Besuchern wie Kaiser Napoleon I. (1806) und Theodor Fontane, der in „Mathilde Möhring“ Owinsk ein literarisches Denkmal gesetzt hat, widmet er dann ein eigenes Kapitel, ebenso dem „historischen Umfeld“ vom Zisterzienserinnenkloster (1241-1835) über die Provinzial-Irrenanstalt im Klostergebäude (1838-1939) zur SS-Kaserne Treskau unweit des 1900 angelegten Truppenübungsplatzes „Warthelager“ und zum Außenlager des KZ Groß-Rosen (1940-1945). Im Schlusskapitel umreißt der Autor „Deutsche und Polen“ als Bewohner des Schlosses von 1806 bis 2011, beginnend mit Otto Sigismund von Treskow seit 1813 bis 1945 wesentlich die Familie Treskow, die Kontakte der Familie nach 1945 nach Owinsk, die Zerstörungen nach der Privatisierung 1998 und die Maßnahmen zur Rettung und Erhaltung des heute zur Gemeinde Czerwonak gehörenden Gebäudes seit 2002.

Auf die Bedeutung des Schlosses als Zeugnis des Berliner Frühklassizismus hat Julius Kohte (Werke der Berliner Bauschule aus südpreußischer Zeit) bereits 1915 in den „Historischen Monatsblättern“ hingewiesen. Der Anstoß für diesen ansehnlichen, gut geschriebenen und ansprechend mit 47 Abbildungen ausgestatteten Band dürfte familiengeschichtlich motiviert gewesen sein. Als Resultat liegt eine informative und interessante Studie zur Bau- und Kunstgeschichte des Schlosses vor, die durch Gillys und Schinkels Beteiligung aufgewertet wird, und seiner Umgebung, dazu die kulturgeschichtlich nicht uninteressante deutsch-polnische Geschichte der Familie, die im Übrigen 1836 das Gut Grocholin im Kreis Schubin erwarb (vgl. Anna Szybowicz: Der deutsche Großgrundbesitz im Kreis Schubin 1920-1945. Herne 2011, S. 44, auch zur familiären Verbindung mit Hans Freiherr von Rosen), sowie zur Ortsgeschichte vor. Die Arbeit ergänzt die steigende Zahl der Veröffentlichungen zum polnischen Großgrundbesitz und seinen Herrenhäusern und Schlössern am Beispiel einer deutschen Besitzerfamilie sowie zur Architektur von Gutshäusern und Schlössern.

Rüdiger von Treskows wird sicherlich vor allem bauhistorisch Interessierte ansprechen, weist aber auch auf vielfach übersehene Aspekte der preußisch-deutschen Geschichte Großpolens bzw. des Großherzogtums und der Provinz Posen hin. Die deutsch-polnische Zweisprachigkeit ermöglicht auch nur polnischsprachigen Leser(inne)n den Zugang. Allerdings erweist sich die hier vorgestellte Variante, die den deutschsprachigen Text auf der oberen, den polnischsprachigen auf der unteren Seitenhälfte platziert, bei der Lektüre als leser(innen)unfreundlich. Das kann den Wert des Buches nicht mindern, das in interessanter Weise kultur-, kunst- und regionalgeschichtlich interessierte Leser(innen) anspricht.

Wolfgang Kessler

Hans-Jürgen Bömelburg, Friedrich II. zwischen Deutschland und Polen. Ereignis- und Erinnerungsgeschichte, unter Mitarbeit von Matthias Barelkowski, Stuttgart: Kröner 2011. 381 S. € 22,90. ISBN: 978-3520331014

Anlässlich des 300. Geburtstags Friedrichs des Großen in diesem Jahr, der in Potsdam, Berlin und andernorts mit zahlreichen Veranstaltungen begangen wird, hat Hans-Jürgen Bömelburg ein Buch vorgelegt, das nach eigener Aussage ein Desiderat des Gedenkens an den König füllen soll, nämlich die Dimension der Bedeutung Polens in seiner Politik bzw. der preußisch-polnischen Beziehungen in jener Zeit allgemein nachzuzeichnen. Tatsächlich wird, wie der Autor zeigt, dieser Gesichtspunkt von den meisten Veröffentlichungen zum Thema nur beiläufig oder gar nicht berücksichtigt. Hierdurch bleibt ein wichtiger Aspekt sowohl der preußischen Staatsgeschichte als auch der deutsch-polnischen Beziehungsgeschichte unbeleuchtet, ohne den ein vollständiges Bild auch der Regierung Friedrichs nicht erlangt werden kann. Von daher ist der wissenschaftliche Sinn der Abfassung dieses Buches evident; allerdings war diese auch politisch motiviert, worauf noch einzugehen sein wird.

Zur im Titel angekündigten Verbindung von Ereignis- und Erinnerungsgeschichte hat der Autor eine im Kern chronologische Betrachtung sinnvoll mit Abschnitten zur jeweiligen zeitgenössischen Rezeption verflochten. Mit diesem Verfahren behandelt er den gesamten Zeitraum von der Jugend Friedrichs Anfang des 18. Jahrhunderts bis zur Gegenwart. Dabei bezieht er so wichtige Punkte ein wie die Nachbarschaft und partielle Ähnlichkeit zwischen dem Alten Reich und Polen-Litauen, die spezifische Rolle der sächsisch-polnischen Personalunion für die preußische Politik und die wechselseitige Herausbildung von Stereotypen zwischen Deutschen bzw. Preußen und Polen.

Unter Heranziehung umfangreichen und z.T. entlegenen Materials (u.a. zeitgenössischer Traktate und Briefe) besonders zur Rezeptionsgeschichte, aber ebenso durch die nochmalige Heranziehung bekannter Quellen zur Ereignisgeschichte hinsichtlich der „polnischen Dimension“ zeigt er deren keineswegs geringe Bedeutung innerhalb der strategischen Wahrnehmung und der politischen Pläne des Königs. Als relevant erscheinen demnach vor allem drei Aspekte des Blicks Friedrichs auf Polen: 1.) dessen politische und wirtschaftliche Funktion für die preußische Politik, nicht zuletzt während der drei schlesischen Kriege, 2.) die Wege zur Option einer Teilung Polens, und 3.) das aus den Schriften und anderen Äußerungen des Königs zu ersehende Polenbild und dessen (mutmaßliche) Folgen.

Bömelburg zeigt, dass Friedrich zunächst den – verglichen mit seinem eigenen Staat – strukturell rückständigen, mangelhaft verwalteten und entsprechend beeinflussbaren polnisch-litauischen Nachbarn kühl-berechnend sozusagen als passiven Partner in seine Wirtschaftspolitik einbezog. Insbesondere im Siebenjährigen Krieg unterstützte er die eigene Kriegswirtschaft unter anderem durch die Fälschung sächsischen und polnischen Geldes. In diesem Zusammenhang diskutiert der Autor in überzeugender Weise auch die zweckorientierte, instrumentelle Politik des Königs gegenüber den Juden als Händlern im preußisch-polnischen Grenzraum, die er aber im Innern Preußens nur ungerne

duldete; vor diesem Hintergrund fällt sein positives Bild innerhalb der deutsch-jüdischen Historiographie besonders ins Auge.

Später waren es neben dem Wunsch nach erhöhten fiskalischen Einnahmen wiederum Fragen der Versorgung mit Pferden und anderem militärischen Material, die Friedrich die Option einer Erwerbung Westpreußens durchspielen ließ, die nur durch eine gemeinsam mit Russland betriebene Teilung des Nachbarn möglich war und zu der es dann bekanntlich 1772 kam. Für die Folgezeit der Integration Westpreußens in die Monarchie betont der Autor die Diskrepanz zwischen der bisherigen polnischen und der neuen, an den damals modernen Kameralwissenschaften orientierten preußischen Verwaltung. Wichtiger als die praktischen Aspekte dieses Prozesses erscheint hier das vom König und seinen in die neue Provinz versetzten Beamten an den Tag gelegte starke Misstrauen gegenüber den lokalen polnischen Führungspersonlichkeiten, das sich unter anderem in abschätzigen Bewertungen und ihrer Marginalisierung im Verwaltungsapparat ausdrückte.

Die mehrfach angeführten negativen Ansichten über die Polen, d.h. in erster Linie den Adel, die Friedrich in seinen Schriften in z.T. massiver Sprache niederlegte, sind zweifellos von Bedeutung für die Frage, ob seine Politik gegenüber dem Nachbarland von einer prinzipiellen, gleichsam emotionalen Abneigung getrieben war. Dies erscheint im Sinne der modernen Stereotypenforschung aber unwahrscheinlich, und dies nicht nur, weil die Kabinettpolitik des 18. Jahrhunderts kopfgesteuert war und daher wohl zynisch wirken kann, aber weit besser beherrschbar blieb als im darauffolgenden Zeitalter des Nationalismus. Dass der König unter den polnischen Honoratioren in Westpreußens nur wenige Vertrauenspersonen besaß, etwa den ermländischen Bischof Ignacy Krasicki, und auch zu diesen keine wirkliche Nähe entwickelte und sie gelegentlich nicht mit Häme verschonte, ist eben kein Beleg für eine *spezifische* Einstellung.

Als Kontext liefert Bömelburg selbst vielfältige Belege für eine mit dem Alter noch zunehmende Misanthropie und Gefühlskälte des Königs, die er mehr oder weniger jedem entgegenbrachte, mit dem er zu tun hatte. Der Autor verweist auf die schlechte Behandlung seiner nächsten Verwandten und höchsten Würdenträger durch den König. Daher ist es fraglich, inwieweit hier bezüglich der „polnischen Dimension“ eine Besonderheit vorliegt. Ebenfalls dokumentiert er nämlich, dass sich Friedrich während seines Lebens wiederholt ganz allgemein abschätzig über die Bevölkerung des ostelbischen Europa geäußert hat. Dies bezog sich durchaus auf verschiedene Gruppen dieses Raumes, nicht nur auf Polen, Russen oder Litauer, sondern auch auf Deutsche. Somit kann hier sicherlich von einem wenig sympathischen Menschenbild und einem rabiaten Regierungsstil des Königs, aber kaum von einem frühvölkischen Denken die Rede sein.

Dass die altpolnischen Gebiete als neues ‚Gestaltungsobjekt‘ für den aufgeklärten Absolutismus in besonderem Maße als *tabula rasa* betrachtet wurden, ist vor dem Hintergrund des Zeitgeistes zu beurteilen. Bömelburg erwähnt als Kenner der frühneuzeitlichen Geistesgeschichte selbst die ambivalente Haltung der europäischen Aufklärer, zu denen Friedrich sich ja letztlich zählte, und ihres universalistischen Modernisierungskonzepts gegenüber dem „rückständigen“ Osteuropa. Nach dieser

Lesart konnten vormoderne und von erheblichen Defiziten gekennzeichnete politische Gebilde, wie das damalige Polen es ungeachtet der (utopischen) Verfassung vom 3. Mai 1791 war, ggf. ihr Existenzrecht zugunsten modernerer Staaten verlieren. Somit war Friedrich also zwar Mitautor der Teilungen Polens; und er argumentierte dabei – allerdings mehr für sich selbst als für die Mitwelt – unter anderem auch unter Zuhilfenahme negativer Stereotype. Aber nicht nur war dabei, wie im Buch herausgearbeitet wird, nicht zuletzt der russische Faktor maßgeblich, sondern der König sah sich eben auch als politischer Umsetzer aufgeklärten Denkens; das Gewalttame seiner Methoden widerspricht dem ebenso wenig wie im Falle der unvergleichlich blutigeren Französischen Revolution.

Ein weiterer zentraler Gegenstand des Buches ist die Herausbildung des deutschen Friedrich-Bildes nach 1786 sowie, als spezieller Aspekt davon, des deutschen Polenbildes, soweit es durch die staatliche Politik Preußens beeinflusst wurde. Offensichtlich ist dabei die weitgehende Abwesenheit des polnischen Faktors in der deutschen Erinnerungspflege des 19. und 20. Jahrhunderts, was aus heutiger Sicht als Manko zu betrachten ist. Allerdings fällt für die Gegenwart auf, dass das Gedenken an die preußische Geschichte sich fast ganz auf das Gebiet Brandenburgs konzentriert, also Schlesien, West- und Ostpreußen als die im 18. und 19. Jahrhundert eigentlichen Zentren der politischen Dynamik ausklammert. Somit wird Polen nicht so sehr als benachbarte Nation ignoriert, denn als Teil eines im gesamtdeutschen Erinnerungsbild marginalisierten Ostmitteleuropas bzw. historischen Ostdeutschlands. Das bedeutet ironischerweise aber auch, dass dieses selektive, ja parochiale deutsche Gedächtnis die auf dem Umschlagbild abgebildete heutige deutsch-polnische Grenze verinnerlicht hat und die historischen preußischen Ostprovinzen dem polnischen Raum zuweist.

Ein anderer Punkt ist hier die Prägung des deutschen Friedrich-Bildes durch Aspekte wie kalte Rationalität und Rücksichtslosigkeit (gegen sich selbst und andere), Risikopolitik und „Militarismus“. All dies hat sicher einen wahren Kern, aber es kann nicht schwerer wiegen als die Defizite anderer Herrscher der Zeit, von denen sich Friedrich durch seine Intelligenz und Bildung sowie seinen persönlichen Einsatz als Regent und Feldherr abhob. Außerdem ist die Langzeitwirkung eines „negativen Polenbildes“ auf die preußische bzw. deutsche Gesellschaft besonders im Rahmen des Borussismus schwer nachweisbar bzw. erhält eine zu zentrale Rolle zugewiesen. Ganz abgesehen davon, dass dieses Bild nach dem Tode des Königs durchaus mehrfachen Wandlungen unterlag, betont Bömelburg selbst, dass dessen schärfste „antipolnische“ Aussagen bis zum Ende der Hohenzollernmonarchie unter Verschluss gehalten wurden und also kaum eine Breitenwirkung gehabt haben können. Für die Zeit nach 1918 stellt der Autor selbst eine Verbindung zu dem allgemeinen Phänomen her, dass in der Weimarer Republik gerade der Fortfall der dynastischen Bindung der konservativen Kräfte im Verein mit der Demütigung von Versailles eine Dynamisierung und Instrumentalisierung des Friedrich-Bildes im deutschnationalen und später nationalsozialistischen Sinne möglich machte. Die antideutsche Politik des neuen polnischen Staates, von der heute anders als von der deutschen Polenpolitik selten gesprochen wird, tat hier ein Übriges.

Überhaupt liegt die Schwäche des an sich sehr guten Buches denn auch darin, dass es die legitimen Interessen des preußisch-deutschen Staates zum jeweiligen Zeitpunkt wenig beachtet und zugleich die Polen nur als Objekt und nicht als verantwortlich Handelnde zeigt. Bezeichnenderweise ist das ebenjener Vorwurf, den der Autor Friedrich dem Großen macht. Zwar benennt Bömelburg auch Verzerrungen und Einseitigkeiten des polnischen Friedrich- bzw. Preußenbildes samt der dieses beeinflussenden ideen- und politikgeschichtlichen Faktoren. Dennoch wird letztlich die Belastung des deutsch-polnischen Verhältnisses fast ausschließlich dem König und seinen Nachfolgern bzw. schlicht deutscher Böswilligkeit zugesprochen; andererseits bleiben die Effekte des polnischen Nationalismus unterbelichtet. Das gilt z.B. für die Kritik an Wilhelm Jordan, der in der Paulskirchenversammlung 1848 erst dann zu einer „antipolnischen“ Haltung gelangte, als die Polen trotz der begonnenen Reorganisation der Provinz Posen einen bewaffneten Aufstand begannen und so die deutschen Parlamentarier zur Verteidigung des Bundesgebiets an die Seite der preußischen Armee zwangen. Für die Situation am Ende des Ersten Weltkriegs fehlt jeder Hinweis auf die antideutsche Propagandatätigkeit des Polnischen Nationalkomitees unter Dmowski und Paderewski; stattdessen liest man die Ansicht, die Grenzregelungen des Versailler Vertrages hätten „sprachlichen und völkerrechtlichen (das Recht auf Selbstbestimmung) Kriterien weitgehend entspr[ochen]“ (S. 237/238). Zu dieser Meinung kann man nur gelangen, wenn man es für unerheblich hält, dass in West- anders als in Ostpreußen keine Volksabstimmung stattfand, in der Folge die ganz oder überwiegend deutsche Bevölkerung der westpreußischen Städte durch polnischen Druck ihre Heimat mehrheitlich verlassen musste und hier somit, neben dem griechisch-türkischen Bevölkerungsaustausch, das größte europäische Vertreibungsgeschehen vor 1938 stattfand. Die Weigerung aller deutschen politischen Kräfte der Weimarer Republik, diese Grenze und ihre Folgen zu akzeptieren, wird dementsprechend als Ausdruck bloßer Uneinsichtigkeit und Machtgier dargestellt.

Das geschichtspolitische Motiv hinter dieser Sichtweise – und dem Buch generell – ist der Versuch, über das vergangene Preußen hinweg eine „gemeinsame“ deutsch-polnische Position zu entwickeln; in diesem Zusammenhang verweist Bömelburg auf Initiativen der Kopernikus-Gruppe zu einer gemeinsamen Trägerschaft des preußischen Kulturerbes, das sich heute zu großen Teilen innerhalb der polnischen Grenzen befindet. So interessant diese Ideen grundsätzlich sein mögen, so können sie aus mehreren Gründen kaum fruchten:

- 1.) So sehr der Anteil des zeitweise erheblichen polnischen Bevölkerungsteils Preußens an der Kulturgeschichte des Landes gewürdigt werden muss, so wenig taugt dies als Basis für ein zwischen- bzw. überstaatliches Gedenken. Die gemeinsame Aneignung dieses Erbes findet schon seit 1990 mit guten Ergebnissen auf lokaler und regionaler Basis in den historischen Ostprovinzen statt, und das ist wohl auch in der Zukunft der beste Ort dafür.
- 2.) Preußen wurzelte trotz des anfänglichen Lehnsverhältnisses zu Polen seiner politischen und kulturellen Natur nach immer primär in Deutschland und kann nicht zu einem äquidistanten ‚erinnerungspolitischen Kondominium‘ zwischen einem nachpreußischen Deutschland und einem

ethnonational konstruierten Polen werden, das bislang nur selten die Bereitschaft zu einer aufrichtigen transnationalen Sichtweise gezeigt hat.

3.) Die polnische Zurückbehaltung der „Berlinka“ in Krakau kann nicht Basis eines gemeinsamen (rechtlichen wie geistigen) Eigentums sein, sondern bleibt ein Akt aggressiver Rechtsbeugung.

Fazit: Hinsichtlich ihres eigentlichen historischen Gegenstands füllt diese Arbeit ohne Frage ein Desiderat und beschreibt die komplexen Beziehungen Friedrichs zu Polen eingehend und auf einer dichten und wohl erschlossenen Quellenbasis. Ihre politische Intention dagegen ist von dem als objektiv bekannten Autor zwar konstruktiv gemeint, wirkt aber gegenüber der polnischen Seite allzu entgegenkommend; sie räumt dieser ein zweifelhaftes Mitspracherecht im deutschen Gedenken an Friedrich bzw. Preußen ein, versäumt es aber, die polnische Mitverantwortung für die Differenzen der Vergangenheit (und Gegenwart) festzustellen.

Jens Boysen

Isabel Röskau-Rydel: Niemiecko-austriackie rodziny urzędnicze w Galicji 1772-1918: Kariery zawodowe – środowisko – akulturacja i asymilacja. Kraków: Wydawnictwo Naukowe Uniwersytetu Pedagogicznego 2011 (= Prace Monograficzne UP im. KEN; 58). 440 S. ISBN: 978-83-7271-665-1

Traditionell nationale Geschichtsschreibung besteht häufig aus Stereotypen, lieb gewordenen Überzeugungen und sorgfältig weitergegebenen Allgemeinplätzen, gegen die kritische Wissenschaft häufig nicht mehr ankommt. So erscheint es recht aussichtslos, die in beinahe allen „Nachfolgestaaten“ der Habsburgermonarchie spätestens seit den 1980er Jahren grassierende Verklärung der Herrschaftszeit Kaiser Franz Josephs I. irgendwie kritisch zu hinterfragen. Besonders schwer scheint dies in Polen zu sein, war man doch nach der Autonomie des Jahres 1867 im österreichischen Galizien in nationaler Hinsicht weitgehend „Herr im Haus“, eher gestört von der ukrainischen Bevölkerungsgruppe als von irgendwelchen Kontrollen des Wiener Hofes. Die Geschichte Galiziens galt und gilt als nationale Erfolgsstory nach dem piemontesischen Modell. Die Autorin der vorliegenden Studie beschäftigt sich in ihrer Krakauer Habilitationsschrift gleich mit mehreren dieser hartnäckigen Mythen, die sich um die aufeinanderfolgenden Generationen deutsch-österreichischer Beamtenfamilien vor 1918 drehen, deren „Stammväter“ nach der ersten Teilung Polen-Litauens 1772 ins Land gekommen waren.

Die Arbeit ist in einen einleitenden Teil, drei Hauptteile und ein zusammenfassendes Kapitel gegliedert. Nach einer Übersicht über Galizien unter österreichischer Herrschaft sowie einer Betrachtung der Eigen- und Fremdwahrnehmung jener Beamten folgt das zentrale, fast 200 Seiten umfassende Kapitel, in dem zehn Familien als Fallstudien unter die Lupe genommen werden (Baum, Seeling, Zoll, Dietl, Mehoffer, Ostermann, Reitzenheim, Poll, Strasser, Wachholz). Ziel des Buches ist es unter anderem, die Karrierewege und Milieuveränderungen im 19. Jahrhundert aufzuzeigen, die mit

den jeweiligen Akkulturations- und Assimilationsprozessen in Zusammenhang gebracht werden können. Dabei erfolgt eine Konfrontation mit zwei zentralen Thesen der polnischen Forschung, zum einen der von der raschen Polonisierung der Söhne deutsch-österreichischer Beamter, zum anderen der von der zentralen Rolle der „polnischen Mutter“ in solchen Fällen. Dabei dient das soziologische Kulturalisierungsmodell Antonina Kłoskowskas in der Einleitung als methodisches Raster, um verschiedene Etappen der Anpassungsprozesse zu unterscheiden. Im weiteren Ablauf des Buches wird (mit einer Ausnahme) auf dieses Konzept im Grunde aber nicht wirklich eingegangen, stattdessen geht es eher um die – plausible – Unterscheidung von „Akkommodation“, Akkulturation und Assimilation. Wichtig erscheint auf jeden Fall der Hinweis auf die sozialen Prozesse, die dazu führten, dass die Beamten des Kaisers in der Regel relativ rasch in die lokale Gesellschaft miteinbezogen wurden.

Auch wenn die genauen Kriterien für die Auswahl der exemplarisch untersuchten Familien nicht offengelegt werden, wird bald offensichtlich, dass es ein Netzwerk von häufig nobilitierten Bürgerfamilien war, die das Kronland lange Zeit lenkte. Zum Teil spielen diese noch in der heutigen Krakauer Stadtgesellschaft eine nicht zu unterschätzende Rolle, wie etwa die Zolls.

Vielleicht das wichtigste Ergebnis der Studie ist, dass es keine pauschalen Antworten gibt und sich die Frage der Anpassung äußerst komplex darstellte. Zwar kann nach wie vor davon ausgegangen werden, dass viele Vertreter der zweiten, und erst recht der dritten Generation als weitgehend polonisiert gelten konnten, aber nicht immer war die Lage so eindeutig wie bei dem 1809 geborenen Józef Reitzenheim, Sohn des Gubernialrats Wilhelm von Reitzenheim, aus dem ein umtriebiger Kämpfer für polnische Unabhängigkeit in ganz Europa wurde. Vielmehr scheint es häufig eine Mischung aus Zufällen und Familienstrategien gewesen zu sein, die über den Werdegang der Kinder entschied. Vor dem Hintergrund der Tatsache, dass die meisten Söhne und Töchter mindestens zweisprachig waren, konnte je nach Bedarf zwischen verschiedenen Identitäten hin- und hergewechselt werden. Berufliche Perspektiven, geographische Unwägbarkeiten wie Versetzungen, der Armeedienst und soziale Kontakte taten hier ein Übriges. Wichtig ist in jedem Falle der Hinweis auf die bisher kaum untersuchte Differenz zwischen den Geschlechtern. Da die Töchter in der Regel bis zur Verheiratung zu Hause blieben, gerieten sie häufig weniger mit der polnischen Kultur in Kontakt; heirateten sie aber einen Polen, wurde dieser Prozess anschließend umso entschiedener nachgeholt. Die wichtige Rolle der jugendlichen *peer-groups* bei Akkulturationsprozessen liegt auf der Hand, wobei dies allerdings auch für die Fälle gilt, in denen polnische Jugendliche sich durch Schule oder Universität für die deutsche Kultur „entschieden“. Die Betrachtung der ausgewählten Familien zeigt jedenfalls, dass eine polnische Mutter zwar manchmal die Annäherung der Kinder an die polnische Kultur in der Tat beschleunigte, im Grunde aber die genauen Ursachen nicht eruiert werden können, warum sich eine Biographie in die eine oder die andere Richtung entwickelte. Klar sollte immerhin sein, dass eine nationalistische Gewinn-Verlust-Bilanz, wie sie in Polen immer noch weit verbreitet ist, kein geeignetes Kriterium zur Erfassung eines so komplexen Phänomens darstellt.

In jedem Falle hat die Autorin auf eine beeindruckende Fülle von Archivmaterial zurückgegriffen. Besucht wurden Archive in Österreich, Polen, der Ukraine und Frankreich. Dass sich hieraus dann aufsehenerregende Funde wie die Wiederentdeckung der Erinnerungen Georg Benjamin von Ostermanns für die Jahre 1868 bis 1884 auf über 2.000 Seiten ergaben, ist umso erfreulicher.

Die Detailliertheit der genealogischen Rekonstruktionen erlaubt es in vielen Fällen nun erstmals, Verbindungslinien zu erkennen, die zurückliegenden Forschergenerationen verborgen geblieben sind. Es liegt somit eine äußerst überzeugende Arbeit vor, die ganz zu Recht 2011 mit dem renommierten Krakau Waclaw-Felczak-und-Henryk-Wereszycki-Preis ausgezeichnet worden ist. Eine rasche deutsche Ausgabe des Buches ist unbedingt zu wünschen. Dabei könnte noch eine (recht unbedeutende) Kleinigkeit ergänzt werden, auf die der Rezensent bei Testrecherchen gestoßen ist. Der auf S. 187 erwähnte (Johann) Anton Seeling wurde am 28. April 1743 in Bergstadt Platten im Erzgebirge wohl als viertes Kind des Bürgers und Bäckers Franz Anton Seeling und seiner Frau Maria Anna geboren. Die Hochzeit der beiden fand allerdings offenbar anderswo statt.

Markus Krzoska

Christian Westerhoff: Zwangsarbeit im Ersten Weltkrieg. Deutsche Arbeitskräftepolitik im besetzten Polen und Litauen 1914-1918, Paderborn (u.a.): Ferdinand Schöningh 2012 (= Studien zur Historischen Migrationsforschung, Bd. 25), 377 S., EUR 39,90, ISBN 978-3-506-77335-7

Bei der großen Aufmerksamkeit, die der Themenkomplex Zwangsarbeit im Zweiten Weltkrieg in den letzten Jahren auf sich gezogen hat, und vor dem Hintergrund des wachsenden Interesses an der zusehends aus ihrer Vergessenheit heraustretenden Ostfront des Ersten Weltkrieges konnte es nicht ausbleiben, dass früher oder später eine Forschungsarbeit Fragestellungen aus beiden Bereichen miteinander verknüpfen würde. Christian Westerhoff hat sich dieser Aufgabe angenommen und mit seiner 2010 an der Universität Erfurt verteidigten Dissertation nun eine Publikation zur deutschen Arbeitskräftepolitik im besetzten Polen und Litauen während der Jahre 1914 bis 1918 vorgelegt.

Damit nimmt er das Generalgouvernement Warschau in den Blick, das nach der vollständigen Verdrängung russischer Truppen aus dem Königreich Polen der militärischen Verwaltung durch den „Oberbefehlshaber der gesamten deutschen Streitkräfte an der Ostfront“ entzogen und in die Hände einer zivilen Verwaltung gelegt wurde, sowie auch das weiter im Nordosten gelegene Gebiet, das unter der Bezeichnung „Ober Ost“ neben Litauen auch Teile Weißrusslands und der Ukraine umfasste und für die gesamte Dauer des Ersten Weltkrieges unter deutscher Militäradministration verblieb. Für diese beiden unterschiedlich verwalteten Territorien will Westerhoff klären, inwieweit und warum Zwangsarbeit als Mittel der deutschen Arbeitskräftepolitik während des Ersten Weltkrieges zur Anwendung kam. Außerdem will er die Phasen und Tendenzen dieser Politik in den besetzten Gebieten herausarbeiten und sie in ihren Wirkungszusammenhängen erklären (S. 9, 26). Die

besondere Attraktivität der Studie beruht dabei vor allem auf der von Westerhoff systematisch verfolgten Gegenüberstellung von ziviler und militärischer Verwaltung. Auf diesem Wege entwirft er ein differenziertes Bild von den die Zwangsarbeit veranlassenden bzw. organisierenden Institutionen und Personen, sowie auch von deren jeweiligen Motiven.

Westerhoff bemüht sich zunächst, da er das Fehlen einer allgemeingültigen Definition seines Leitbegriffes Zwangsarbeit und dessen uneinheitliche Verwendung in der Literatur feststellt, das Phänomen einzugrenzen und für seine Zwecke handhabbar zu machen. Die Bestimmungen der Haager Landkriegsordnung, die während des Ersten Weltkrieges ihrem erstem Praxistest unterzogen wurden, stuft er als unzureichend ein und zieht daher hilfsweise eine Formulierung der *International Labour Organisation* (ILO) hinzu, die freilich erst nach dem Krieg entstand: „Ihr zufolge war Zwangsarbeit „jede Art von Arbeit oder Dienstleistung, die von einer Person unter Androhung irgendwelcher Strafe verlangt wird und für die sie sich nicht freiwillig zur Verfügung gestellt hat“ (S. 13). Darüber hinaus, so Westerhoff, sei es für ein adäquates Verständnis der Zwangsarbeit notwendig, die sozioökonomischen, kulturell-normativen, rechtlichen und politischen Zusammenhänge einzubeziehen, in denen sie jeweils verortet war (S. 14). Überdies differenziert Westerhoff analog zu den Beobachtungen, die Mark Spoerer zum nationalsozialistischen Zwangsarbeitsregime angestellt hat, verschiedene Formen freier und unfreier Arbeit und stellt fest, dass es auch auf den östlichen Schauplätzen deutscher Besatzung im Ersten Weltkrieg ein breites Spektrum an Arbeitsverhältnissen gab, in dem die „Freiheit“ der Entscheidung über die Aufnahme bzw. die Beendigung einer Arbeit unterschiedlich weit reichte und in dem auf den verschiedenen Etappen zwischen Anbahnung, Aufrechterhaltung und Beendigung eines Arbeitsverhältnisse auch Zwang in unterschiedlicher Intensität eingesetzt werden konnte (S. 12f.).

Bei diesem Differenzierungsgrad ergibt es sich fast zwangsläufig, dass der belastete Zwangsarbeitsbegriff mitunter in den Hintergrund tritt und nur noch als eines von mehreren Werkzeugen auf dem recht weiten Feld der „Arbeitskräftepolitik“ erscheint, von dem je nach Kriegs- und Arbeitsmarktlage, aber durchaus auch in Abhängigkeit von den Standpunkten, Gebrauch gemacht wurde, die die zuständigen Entscheidungsträger in dieser Frage jeweils einnahmen; letztere konnten vom kompromisslosen Willen zum Einsatz von Zwangsrekrutierungen bis hin zu einer äußerst skeptischen Einschätzung der Produktivität einer auf diesem Wege zu gewinnenden Arbeitsleistung reichen.

Zunächst aber sind Krieg und Besatzung in Westerhoffs Darstellung nicht einmal ein besonderer Bruch in der Beschäftigung von Arbeitskräften aus den fraglichen Gebieten: Er betont eher Kontinuitäten, indem er auf die saisonale Anwerbung ausländischer, zu einem erheblichen Teil aus Russisch-Polen kommender Arbeitskräfte hinweist, mit denen das Deutsche Reich schon lange vor 1914 versuchte, seinen massiven Mangel an Arbeitskräften in Industrie und Landwirtschaft zu bewältigen. Als deutsche Truppen die Herkunftsgebiete dieser Arbeitskräfte besetzten, führte die deutsche Verwaltung ihre Anwerbung von (zunächst freiwilligen) Arbeitskräften nahtlos fort, stand

aber durch die kriegsbedingt steigende Nachfrage nach Arbeitskräften zunehmend unter Druck, so dass sie bald von den Zwangsmitteln Gebrauch machte, die ihr als Besatzungsmacht zur Verfügung standen. Den Übergang zu Zwangsrekrutierungen und Zwangsarbeit verortet Westerhoff im Herbst und Winter 1916, am Ende eines Kriegsjahres also, das die Ressourcen des Reiches extrem strapazierte (S. 181ff.). Davon abgesehen, standen die deutschen Stellen vor dem ständigen Problem, dass ihre Erfolge bei der Anwerbung „freiwilliger“ Arbeitskräfte schlicht nicht ausreichten, um den bestehenden Mangel auszugleichen. In dieser Situation trat bei den Entscheidungsträgern neben die allgegenwärtige ökonomische Legitimation ein mehr oder weniger ausgeprägter sozialdisziplinarischer Impetus: die als „faul“, „arbeitsscheu“ und allgemein als „rückständig“ wahrgenommene Bevölkerung (insbesondere die jüdische) sollte durch die erzwungene Arbeit gleichsam auf eine höhere Entwicklungsstufe gehoben werden.

Bei alledem erscheint der Ende 1916 erfolgte Griff zu Zwangsmaßnahmen bei Westerhoff gleichwohl als eine Art Fehltritt der deutschen Besatzer, der zum Teil wegen ausbleibender Anwerbeerfolge, zum Teil auch wegen lokalen Widerstands – etwa durch den Warschauer Stadtrat – und auch wegen massiver Kritik, die nicht nur aus dem Ausland kam, sondern auch in Deutschland geäußert wurde, mehr oder weniger rasch korrigiert wurde: Im Generalgouvernement Warschau geschah dies zügig, im militärisch verwalteten, dünn besiedelten und kritischen Blicken weitgehend entzogenen Ober Ost erst im weiteren Verlauf des Jahres 1917.

Westerhoffs Studie, die sich insgesamt gut liest, sucht ihren Abschluss über einen „Ausblick“ und ein Fazit, die u.a. eine Auseinandersetzung mit einer nicht mehr ganz neuen These Ulrich Herberts enthalten, der zufolge die deutsche Arbeitskräftepolitik im Ersten Weltkrieg eine Art Probelauf für das Besatzungsregime im Zweiten Weltkrieg gewesen sei. Dass der Verfasser sich dieser Frage noch einmal zuwendet, ist sicherlich naheliegend, doch zeigen seine diesbezüglichen Ausführungen rasch, dass die deutschen Besatzer zwischen 1915 und 1918 bei allen merkwürdiger Motivationslagen insbesondere unter den militärischen Entscheidungsträgern unübersehbar unter derart anderen Prämissen als ihre Nachfolger ab 1939 operierten, dass eine Verbindung zwischen diesen beiden Besatzergenerationen letztlich nur auf der Ebene eines allgemeinen „Erfahrungshorizontes“ auszumachen ist. Einen konkret zu belegenden „Lernprozess“ stellt Westerhoff wohl zu Recht nicht fest.

Pascal Trees

Alexander Kranz, Reichstatthalter Arthur Greiser und die „Zivilverwaltung“ im Wartheland 1939/40. Die Bevölkerungspolitik in der ersten Phase der deutschen Besatzungsherrschaft in Polen. Potsdam: Militärgeschichtlichen Forschungsamt 2010 (=Potsdamer Schriften zur Militärgeschichte, Bd. 8), 76 S. € 7,90, ISBN 978-3-941571-05-1.

Die deutsche Besatzungspolitik im Reichsgau Wartheland gehört zu jenen Themenfeldern, denen die historische Forschung in den letzten Jahren zunehmend Interesse zugewandt hat. In jüngerer Zeit erschienene Monografien u.a. zur Judenpolitik und zur Kreditwirtschaft sowie einige Sammelbände belegen dies. Eine Reihe polnischer Arbeiten, jüngst auch eine englischsprachige, biografisch ausgerichtete Studie haben die Rolle und Aktivitäten des Reichsstatthalters und Gauleiters Arthur Greiser bereits untersucht. Mit dem Band 8 der Potsdamer Schriften zur Militärgeschichte liegt nun aus der Feder von Alexander Kranz die erste deutschsprachige Darstellung der Rolle Greisers als Initiator und Lenker der Bevölkerungspolitik im Warthegau in der frühen Phase 1939/40 vor. Im Mittelpunkt stehen die Politik gegen Juden und Polen, die Maßnahmen der Gettoisierung in Lodsch/Litzmannstadt, die ethnische Verifikation über die Deutsche Volksliste sowie die Aus- und Ansiedlungspolitik im Rahmen der sogenannten „Heim ins Reich Aktion“. Die nur 76 Seiten umfassende Arbeit ist als zusammenfassende Einstiegslektüre in die Thematik eine Hilfe; allerdings hat die ebenfalls 2010 erschienene, umfangreiche Biografie Catherine Epsteins über Arthur Greiser und die Besatzungspolitik in Westpolen inzwischen neue Maßstäbe in der Forschung gesetzt.¹

Marlene Klatt

Krystyna Radziszewska: ‚Flaschenpost‘ aus der Hölle. Texte aus dem Lodzer Getto. Frankfurt am Main u.a.: Peter Lang 2011 (Gießener Arbeiten zur Neueren Deutschen Literatur und Literaturwissenschaft. Bd.32). 404 S. Abb., geb., 64,00 €, ISBN 978-3-631-62004-5

Zu der anwachsenden Forschungsliteratur über die Ghettos im besetzten Polen, in denen die deutschen Machthaber die Juden zunächst aus Polen und Ostmittel- und Osteuropa, dann auch aus dem Reichsgebiet und Westeuropa bis zu ihrer Deportation unterbrachten, sofern sie nicht schon an den grauenhaften Lebensbedingungen zugrunde gegangen waren, hat sich ein Quellenwerk gesellt, das zu weiterer Arbeit einlädt. Die Verfasserin, wissenschaftliche Mitarbeiterin am Lehrstuhl für Literatur und Kultur Deutschlands, Österreichs und der Schweiz an der Universität Łódź, hat die Archive in Polen, Israel, in den USA und Tschechien nach Quellen zum Ghetto Łódź /Litzmannstadt durchsucht. Was sie an Befunden vorlegt, ist viel und wenig zugleich, erstaunlich und zum Verzweifeln, auf jeden Fall authentisch. Worum geht es? Radziszewska suchte nach Selbstzeugnissen von Menschen, die im

¹ Catherine Epstein, *Model Nazi. Arthur Greiser and the occupation of Western Poland*, Oxford 2010.

Ghetto von Łódź leben mussten. Wie sich zeigt, handelt es sich bei den Verfassern um Juden aus dem östlichen Europa, die auf Polnisch, Jiddisch und Deutsch über ihr Leben im Ghetto geschrieben haben. Es ist erstaunlich viel Material zusammengekommen, das in dem vorliegenden Buch vorgestellt wird. Und es ist zum Verzweifeln, wie viel zu Grunde gegangen ist: weggenommen und vernichtet, verbrannt, verschollen oder im Erdversteck verdorben. Davon weiß man nur, weil es irgendwo Hinweise darauf gibt. Wie viel mag es noch gegeben haben, zu dem keinerlei Spur mehr hinführt?

Auch wenn die vorhandenen Texte zum großen Teil nicht vollständig sind, oft nur als Bruchstücke oder Rekonstruktionen, vermitteln sie ein eindringliches Bild vom Leben im Ghetto. An erster Stelle steht der ständige, quälende Hunger, den zu mindern und mit dem zu leben zur zentralen Aufgabe wird. Davon ist stets in den Texten die Rede. Danach steht Chaim Rumkowski im Blickpunkt, der gefürchtete Präses der jüdischen Selbstverwaltung des Ghettos, die er mit äußerst harter Hand führte. Sein Motto, nur straffe Disziplin und strenge Arbeitsmoral könnten den Juden ein Mindestmaß an Sicherheit schaffen, diente in der Sicht seiner „Untertanen“ wohl nicht nur deren Schutz, sondern auch seinem eigenen Wohlergehen und dem seiner Helfer. Offensichtlich war er Despot und Patron zugleich – womöglich blieb ihm gar nichts anderes übrig. Weiten Raum nehmen weiterhin die Zeugnisse vom Hunger nach Kulturveranstaltungen und Unterhaltung ein, nach einem Leben jenseits der Sorge um die physische Existenz und nach Ablenkung von den Beschwerden und Entbehrungen des Alltags: Berichte von Konzerten, bunten Abenden, Theateraufführungen, zustande gebracht unter schwierigsten Bedingungen, mit umso größerem Engagement, aber auch literarische Texte, Gedichte, Satiren und vieles andere mehr, alles diente der Bewältigung der permanenten Gefährdung der physischen und psychisch-geistigen Existenz, oft mit viel Humor.

Das Buch ist in klarer Systematik angelegt. Nach der erläuternden Einleitung werden die Quellen zur Ghetto-Forschung im internationalen Archivbestand sowie die einschlägige Forschung dargestellt. Das folgende Kapitel berichtet vom kulturellen Leben, von Veranstaltungen im Kulturhaus, von der Bildenden Kunst, von Büchern und Bibliotheken. Am umfangreichsten ist das Kapitel über die „Literatur hinter Stacheldraht“ ausgefallen. In der Vielfalt der Dichtung – sie reicht von Straßenliedern über panegyrische und kritische Literatur bis zu Gedichten über Tod, Verzweiflung, Hoffnung, Religion und Liebe – drückt sich der „Hunger nach dem gedruckten Wort“ aus. Schreiben als Weg, nicht nur sich selbst ein menschenwürdiges Leben gegen die gezielte Entwürdigung zu bewahren, sondern über den eigenen Tod hinaus der Nachwelt Zeugnis und Erinnerung zu hinterlassen und somit die geplante Vernichtung letztlich nicht gelingen zu lassen – dies ist Gegenstand der letzten drei Kapitel: Tagebücher und Selbstzeugnisse sowie die kollektiv erarbeiteten Werke „Chronik des Ghettos“ und „Ghetto-Enzyklopädie“, die Auskunft über die Ereignisse und Verhältnisse im Ghetto geben sollten. Eine Zusammenfassung, ein Glossar und ein Verzeichnis der Quellen und Literatur schließen den sorgsam gearbeiteten Band ab. Die Ordnung der Gliederung und ihrer Themen folgt literatur- und sprachwissenschaftlichen Kriterien.

Das Werk ist nicht als abschließende, analysierende und interpretierende Untersuchung zu verstehen, sondern es dient mit seiner breiten, geordneten Erschließung der Quellen der Hinführung zu einem weiter zu bearbeitenden Thema. Eine große Leistung, dessen Wirkung über Nützlichkeit weit hinausgeht.

Hans Hecker

Jakub Poznański: Tagebuch aus dem Ghetto Litzmannstadt. hrsg. von Ingo Loose. Berlin: Metropol-Verlag 2011. 354 S. € 24,00 ISBN: 978-3863310158

Das vorliegende Tagebuch wurde von Ingo Loose aus dem Polnischen übersetzt und herausgegeben. Es gehört zu den zahlreichen Texten, die im Getto Lodz/Litzmannstadt verfasst wurden. Die Quellen zur Erforschung des zweitgrößten Gettos im besetzten Polen, des Gettos Lodz/Litzmannstadt bilden Dokumente, autobiographische Texte, d.h. Tagebücher, die im Getto geführt wurden, und die nach dem Kriege verfassten Erinnerungen, die eine Rekonstruktion der Ereignisse sind, Presstexte und im engeren Sinne literarische Texte. Der wissenschaftliche Wert dieser Quellen ist unterschiedlich. Einen besonderen Stellenwert unter allen diesen Materialien hat die „Chronik des Gettos Lodz/Litzmannstadt“, die vier Jahre lang, Tag für Tag, im Getto-Archiv geführt wurde. Das fünfbandige Dokument wurde 2007 in deutscher und 2009 in polnischer Sprache von einem deutsch-polnischen Wissenschaftlerteam herausgegeben.

Die im Getto verfassten Tagebücher, die ein subjektives und fragmentarisches Bild der Gettowirklichkeit darstellen, ergänzen die Dokumente und bereichern diese um Inhalte, die in keinem Dokument zu finden sind. Die Unmittelbarkeit und die täglichen Aufzeichnungen schließen eine Distanz den beschriebenen Ereignissen gegenüber aus. Viele Autoren bezweifelten sowohl ihre Fähigkeit als auch die Fähigkeit jedes anderen, die Hölle des Gettos in Worte zu fassen. Diese Zweifel, nämlich an der Unmöglichkeit, den Holocaust in Worte zu fassen, wurden nach dem Ende des Krieges von vielen Forschern betont.

Trotz dieser Bedenken, ungünstiger Bedingungen, Mangel an Papier und Schreibutensilien haben viele Menschen die Entscheidung getroffen, im Getto zu schreiben. Die einen schrieben mit der Absicht, Zeugnis abzulegen, das Grauen für die Nachkommen zu dokumentieren, andere, um ihr Herz auszuschütten oder vor der Hölle der Wirklichkeit zu flüchten. Wieder andere versuchten, die grausame Wirklichkeit zu verstehen. Für viele Juden ergab sich die Entscheidung, die eigene Erfahrung zu dokumentieren, auch aus der talmudischen Tradition, Zeugnis abzulegen. Zur Feder griffen Menschen unterschiedlichen Alters und verschiedener Nationalität, die einem Tagebuch ihre Erlebnisse, Erfahrungen und Beobachtungen anvertrauten. Einige Tagebücher aus dem Getto Lodz/Litzmannstadt wurden herausgegeben, andere liegen noch in Archiven vor. In deutscher Sprache wurden Aufzeichnungen von Oskar Rosenfeld, Oskar Singer, Bernhard Heilig, Irene Hauser, Dawid Sierakowiak und von zwei unbekanntem Autoren („Les Vrais Riches“, „Briefe aus Litzmannstadt“)

herausgegeben. Neulich kam ein weiteres Tagebuch dazu, nämlich von Jakob Poznański. Dieses Tagebuch gehört zu den bekanntesten Tagebüchern aus dem Lodzer/Litzmannstadt Getto. Der Autor verfasste seinen Text in polnischer Sprache.

Poznański wurde am 26. Juli 1890 in Łódź geboren. 1906 zog er mit der ganzen Familie nach Kiew. Nachher studierte er zuerst an der Landwirtschaftlichen Fakultät des Instituts für Land- und Forstwirtschaft in Puławy und dann an der Chemischen Fakultät der Polytechnischen Hochschule in Charkow. Nach dem Ersten Weltkrieg, an dem er sich als Soldat beteiligt hatte, absolvierte er sein Studium und arbeitete im Hauptinstitut für die Zuckerindustrie in Charkow. Seine wissenschaftliche Laufbahn setzte der Autor in Deutschland fort, wo er seine Dissertation im Bereich der Zuckerfabrikation an der renommierten Technischen Hochschule in Berlin-Charlottenburg verteidigte. Nach seiner Rückkehr nach Łódź heiratete er, arbeitete zunächst in einer Textilfabrik und nach ihrer Stilllegung in der Fabrik seines deutschen Schulkollegen Alfred Hessler. Im Jahre 1940 wurde Poznański mit Frau und Tochter ins Getto umgesiedelt. Zuerst gründete er das „Hachsza-Referat“, wo er mit Jugendlichen arbeitete, die einmal nach Palästina auswandern und dort Landwirtschaft betreiben wollten. Dann gehörte er Leiter der Landwirtschaftlichen Abteilung zur Elite des Gettos. Nach der Auflösung der Abteilung im September 1940 war er im Papierressort beschäftigt. Im August 1944 hatten er und seine Familie sich auf dem Gettogebiet versteckt, und sie wurden am 19. Januar 1945 durch die Rote Armee befreit. Jakob Poznański starb 1959 in Łódź.

Der Autor begann sein Tagebuch im dritten Kriegsjahr am 4. Oktober 1941 zu schreiben und setzte es bis zum 2. Juni 1945 fort. Das originelle Tagebuch umfasst 13 karierte Schulhefte. Es wurde kurz nach dem Tode des Autors, im Jahre 1960 veröffentlicht. Seine Frau, die nach Warschau umzog, hatte die Hefte mitgenommen. Nach ihrem Tod aber sind diese verloren gegangen. Sechs Hefte wurden zufällig im Jahre 2000 in Warschau gefunden. Die Tochter, Hanna Poznańska-Linde hat sich entschieden, das Tagebuch 2002 neu herauszugeben. Sieben verlorene Hefte hat sie aus der ersten Auflage des Tagebuches aus dem Jahr 1960 reproduziert. Die deutsche Ausgabe des Textes ist eine komplette Übersetzung des polnischen Textes der Ausgabe von 2002.

Die ersten Sätze des Tagebuchs geben Auskunft über die Gründe, warum Poznański das Tagebuch schrieb. Der Autor beschloss nämlich, das Leben im Getto zu dokumentieren und die Ereignisse aus den letzten zwei Jahren, d. h. seit dem Beginn des Krieges, zu ergänzen. Im Bericht gibt es also Rückblicke. Das Tagebuch wurde nicht immer regelmäßig geführt. Manchmal gibt es Pausen von einigen Tagen, Wochen oder sogar Monaten. Der Verfasser nennt Gründe dafür wie allgemeine geistige Stumpfheit, Kälte in der Wohnung, körperliche Schwäche, Zeitmangel u. ä. und versucht dann diese Lücken mit Informationen aus der vergangenen Zeit zu ergänzen.

Der Autor, der eine gewisse Zeit Leiter der „Landwirtschaftlichen Abteilung“ im Getto war, zeigt, wie die jüdische Selbstverwaltung im Getto funktioniert und nennt Hintergründe für verschiedene Maßnahmen. Das Verhalten vieler Funktionäre stellt er an den Pranger. Es werden Namen, Zahlen und andere Angaben genannt. Poznański thematisiert auch die Machtverhältnisse, die Korruption oder

auch die extremen „Standesunterschiede“ im Getto, wo gewisse Gruppen, u.a. der Beirat, ein Leben im Überfluss führen und wo sich Frauen andererseits für eine Suppe verkaufen.

Da er Zugang zu einer deutschen Zeitung hatte, die von einem Deutschen, der am Baluter Ring arbeitete, an einer gewissen Stelle hinterlassen wurde und da er zu den Radiohörern gehörte, erwähnt er regelmäßig die Situation an den Fronten, vor allem an der Ostfront. Er schreibt über politische Ereignisse in Deutschland sowie außerhalb von Europa. Poznański erwähnt einige Male die Kämpfe in Jugoslawien, Griechenland und in der Sowjetunion. Er erwähnt auch die Nachricht von der Flugzeugkatastrophe von General Sikorski und betont, dass es Gerüchte gibt, dass dies keine Katastrophe, sondern ein Attentat oder Selbstmord gewesen sei. Der Verfasser spekuliert auch über das Schicksal der aus dem Getto deportierten Menschen. Einerseits stellt er die Vermutung an, dass diejenigen, die zur „Aussiedlung“, zur Vernichtung durch die Vergasung bestimmt werden, andererseits will er an den bestialischen Mord an unschuldigen Menschen nicht glauben.

Jakub Poznański macht auf einen anderen sehr wichtigen Aspekt aufmerksam: Die Tagebücher wären für die zukünftigen Leser hilfreich, wenn sie die komplexe Geschichte des Gettos rekonstruieren würden. Bei der Forschungsarbeit wären die Tagebücher eine wertvolle Ergänzung zu den offiziellen Dokumenten. Sein Hauptanliegen beim Schreiben war es, dass der künftige Chronist nicht nur aus offiziellen Quellen, sondern auch aus privaten Beschreibungen schöpfen könnte.

Das Tagebuch von Jakub Poznański kann parallel zu der offiziellen „Chronik des Gettos Lodz/Litzmannstadt“ gelesen werden, weil es die Berichterstattung der Chronik, die unter Zensur verfasst wurde, durch kritische Inhalte ergänzt, die in der Chronik nicht möglich waren.

Der Text des Tagebuchs wird von dem Redakteur durch zwei kurze wissenschaftliche Beiträge ergänzt. Der erste gibt einen Überblick über die Geschichte des Gettos in Lodz/Litzmannstadt, der zweite analysiert den Text des Tagebuchs und verweist auf seine Einmaligkeit. An dieser Stelle muss jedoch betont werden, dass jeder Text aus der Hölle des Gettos einmalig ist, weil er die individuelle Spur seines Autors, der oft unbekannt war und meistens keinen Grabstein hat, festhält. Das Tagebuch wird noch durch das Vorwort zur polnischen Ausgabe 2002, die aus der Feder von Poznańskis Tochter stammt, eingeleitet. Am Ende der Veröffentlichung gibt Ingo Loose eine Liste mit weiterführender Literatur zur Geschichte des Gettos Litzmannstadt. Für diejenigen, die nicht über umfangreiche Kenntnisse über dieses Getto verfügen, wäre eine Unterteilung in Primär- und Sekundärliteratur sehr hilfreich gewesen.

Die Autoren aus dem Getto schrieben ihre Texte gegen Vergessen. Trotz der Bemühungen der Nazis, die eingesperrten Juden zum Schweigen zu bringen, leben sie heute in ihren Berichten weiter. Diese Berichte sind eine Herausforderung sowohl an die Leser als auch an die Herausgeber. Jeder neu aufgelegte Text sichert die Spuren des Lebens und des Leidens im Getto. Den deutschen Lesern wurde ein weiterer Text aus dem Lodzer/Litzmannstadt Getto zugänglich gemacht. Dadurch wird hoffentlich dieses Getto in das kollektive und kulturelle Gedächtnis der Europäer Eingang finden.

Dominik Pick: Brücken nach Osten. Helmut Schmidt und Polen. Bremen: Edition Temmen 2011. (=Studien der Helmut und Loki Schmidt-Stiftung, Bd.7) 133 S. 41 Abb., geb., 14,90 €, ISBN: 978-3837820126

Der schmale Band stammt aus der Feder eines jungen polnischen Historikers, der sich in seiner Dissertation (Universität Warschau und Europa Universität Viadrina Frankfurt/Oder) mit der „gesellschaftliche(n) Dimension der Beziehungen zwischen Polen und der Bundesrepublik Deutschland, 1971-1983“ befasst hat. Wie es die Konzeption der Publikationsreihe vorsieht, steht die politische Persönlichkeit Helmut Schmidt im Blickpunkt der Darstellung. Geht man von dem Standardwerk Dieter Bingens über die Polenpolitik der Bonner Republik aus, das die Zeit von der Gründung der Bundesrepublik 1949 bis zum Zusammenbruch der Sowjetunion und des von ihr geführten Staatensystems 1991, also die 42 Jahre von Adenauer bis Kohl, umfasst, dann konzentriert sich Pick auf einen Ausschnitt von 16 Jahren, den Zeitraum von 1966 bis 1982. Wie mit einem Vergrößerungsglas geht er auf die Ära und noch weiter auf die Person Schmidt zu. Er beginnt mit Schmidt als Oppositions- und Parteipolitiker der SPD, der anfängt, sich konzeptionell für Ostpolitik zu interessieren. Mit Schmidts Aufstieg zum Verteidigungsminister und dann zum Finanzminister unter Willy Brandt gewinnt die Darstellung an Fahrt, um den acht Kanzlerjahren den weitesten Raum zu widmen. Merkwürdigerweise übergeht Pick die drei Jahre des Fraktionsvorsitzenden Schmidt, der im Zusammenspiel mit seinem Kollegen Rainer Barzel von der CDU der Großen Koalition unter Kiesinger zu dienen, aber dabei auch dem Außenminister Brandt das Feld frei zu halten hatte. Zwei Grundlinien der Polenpolitik des Kanzlers Schmidt macht Pick dann aus: zum einen eine historisch-ethische Verpflichtung gegenüber Polen, insbesondere nach der Ausrottungs- und Unterwerfungspolitik des nationalsozialistischen Deutschland, und zum anderen eine Finanz- und Wirtschaftspolitik, in der die Ökonomie zu Gunsten der weiter reichenden Zielen der politischen Verständigung instrumentalisiert wurde. Und insgesamt war dies eingebettet in ein umfassendes Konzept, das sowohl auf Ost-West-Entspannung als auch langfristig auf die staatliche Einheit Deutschlands abzielte. Eine wichtige Rolle spielte dabei der Zusammenhang zwischen bundesdeutscher Finanzhilfe und polnischer Bereitschaft, übersiedelungswillige Deutsche in die Bundesrepublik ausreisen zu lassen.

Was das Buch an Kenntnissen bietet, ist im Ganzen nicht neu. Die Detailansicht, zum großen Teil aus Archivmaterial erarbeitet, lässt jedoch nicht nur eine Reihe von Korrekturen in den Einzelheiten der bisherigen einschlägigen Veröffentlichungen zu, sondern markiert auch Widersprüche zwischen den Erinnerungen der Protagonisten wie auch weiße Flecken im Gesamtbild. Es wirkt beispielsweise schon kurios, wenn bis heute nicht klar ist, in welcher Sprache Schmidt und Giersek, die sich persönlich mochten und befreundeten, in ihren Gesprächen unter vier Augen miteinander geredet

haben. Die Darstellung ist sauber und kritisch gearbeitet, und dass sie flüssig und angenehm zu lesen ist, verdankt sie der Übersetzerin Beate Kosmala.

Hans Hecker